

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

am Dienstag, dem 29.01.2008

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | | |
|---|----------------------|--|
| 1 | | Einwohnerfragestunde |
| 2 | | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 27.11.2007 |
| 3 | 02 - 14 0788/2008 | Haushaltssatzung 2008;
hier: Beschlussfassung |
| 4 | 04 - 14 0783/2008 | Bewerbung des Schulträgers für die Pilotphase zum
"Ausbau der Förderschule Grunewald zum Kompetenzzentrum für
sonderpädagogische Förderung" und
Antrag auf Erweiterung des Förderzentrums Grunewald, um den
Förderschwerpunkt "Emotionale soziale Entwicklung" |
| 5 | 05 - 14 0774/2007 | Aufhebung des Bahnübergangs "Am Löwentor"
hier : Knotenpunkt Wassenbergstraße / Hafenstraße / B8 |
| 6 | 05 - 14 0780/2007 | Einführung neuer Instrumente in der Bauleitplanung zur Umsetzung von
mehr Energieeffizienz in zukünftigen Baugebieten |
| 7 | 05 - 14 0773/2007 E1 | Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. B/1 -Amselweg-;
hier: 1) Bericht über die durchgeführte Offenlage nach § 3 Abs. 2
BauGB und die Behördenbeteiligung nach § 4
Abs. 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss |
| 8 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 9 | | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind:

Die Mitglieder:	Arntzen, Helmut
	Arntz, Anneliese
	Bartels, Gerd-Wilhelm
	Beckschaefer, Christian
	Brink ten, Johannes (für Mitglied Sloot)
	Diekman, Rolf
	Gertsen, Gerhard
	Hinze, Peter
	Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf

Labod, Jörg
Lang, Hermann
Roebrock, Wilhelm
Siebers, Sabine
Tepaß, Udo (für Mitglied Jessner)
Trüpschuch, Elke
Ulrich, Herbert
Weicht, Sigrid

Ratsmitglied mit beratender
Stimme gem. § 58 Abs. 1
S. 9 GO NW:

Kukulies, Christoph

Von der Verwaltung:

Bürgermeister Diks, Johannes
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs, Stefan
Stadtkämmerer Siebers, Ulrich
Baumgärtner, Michael
Berk, Melanie
Gürtzgen, Stefan
Holtkamp, Günter
Kraayvanger, Jürgen
Lebbing, Martina
Wissink, Susanne (stellv. Schriftführerin)

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die öffentliche Sitzung. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Ausschusses, der Verwaltung, die Vertreter der örtlichen Presse und die Einwohner.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

1. Kettelerstraße; hier Anfrage des Einwohnern Herrn Schuster

Die Anfragen des Einwohnern Herrn Schuster werden im Rahmen des TOP 3 behandelt.

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 27.11.2007

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

**3 02 - 14 0788/2008 Haushaltssatzung 2008;
hier: Beschlussfassung**

Mitglied Diekman bezieht sich auf den vorliegenden schriftlichen Antrag seiner Fraktion (Anlage 4.1) und bittet hierüber abzustimmen. Er erläutert kurz den Antrag zur Realisierung des Landhausprojektes. Der Vorsitzende lässt nach eingehender, zum Teil kontrovers geführter Diskussion, über den gestellten Antrag abstimmen.

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt für die Realisierung des Landhausprojektes im Haushalt 2008 Euro 50.000,-- und in den nachfolgenden Haushalten 2009 - 2011 jeweils 100.000,-- € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür, 12 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen.

Beschluss

Der Rat beschließt die Erhöhung des Zuschusses der Werbegemeinschaften in Höhe von 2.400,-- Euro.

Abstimmungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen.

Somit sind die vorgenannten SPD-Anträge abgelehnt.

Weiterhin stellt der Vorsitzende den Antrag über die Erhöhung des Zuschusses für das GECK zur Abstimmung.

Beschluss

Der Rat beschließt, die Erhöhung des Zuschusses für das GECK in Höhe von 500,-- Euro.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erklärt aufgrund des vorliegenden Schreibens und der zahlreich erschienenen Anwohner der Kettelerstraße die Notwendigkeit des geplanten Ausbaus der Straße und die rechtlichen Grundlagen. Nach eingehender Diskussion wird die Haushaltsstelle "Ausbau Kettelerstraße" mit einem Sperrvermerk versehen. Die Verwaltung wird gebeten, eine Ortsbegehung vorzubereiten.

Der Antrag der Fraktion BürgerGemeinschaft, die Verfügungsmittel des Bürgermeisters um 3.500,-- € zu erhöhen, wird zurückgezogen.

Die BGE-Fraktion wünscht über den Antrag, den Ansatz für die Renovierung der Leegmeer-Grundschule um 50.000,-- € zu erhöhen, nochmals abzustimmen. Die Verwaltung erläutert das vorliegende Konzept für die Sanierung der Leegmeer-Grundschule. Da die Maßnahmen in den Ferien durchgeführt werden, ist eine Erhöhung der Mittel nicht sinnvoll. Der Vorsitzende lässt über den Antrag der BGE-Fraktion abstimmen.

Beschluss

Der Rat beschließt, für die Renovierung der Leegmeer-Grundschule den Haushaltsansatz bei der HHSt. 3.212.9400, um 50.000 Euro auf 133.000 Euro, zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 4 Stimmen dafür, 13 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2008 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe	
	(Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke	
	(Grundsteuer B) auf	400 v.H.
2.	Gewerbsteuer	
	nach dem Gewerbeertrag auf	425 v.H.

§ 6

1.	Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 50.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW. Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.
2.	Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 6 GO NW gelten über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR.
3.	Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 5 v.H. der Ausgaben des Haushaltsjahres festgesetzt.
4.	Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.H. der Ausgaben des Vermögenshaushaltes festgesetzt.
5.	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs.1 Satz 5 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke „künftig umzuwandeln“ (ku) und „künftig wegfallend“ (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2008

3. das Investitionsprogramm 2008 – 2011

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 5 Enthaltungen

Mitglied Beckschaefer teilt für seine Fraktion mit, dass sie der Bereitstellung der Haushaltsmittel für den Ausbau der Steinstraße zustimmt, die endgültige Zustimmung zum Ausbau jedoch erst nach Vorliegen der Ausbaupläne gegeben wird.
In diesem Zusammenhang teilt Mitglied Siebers mit, dass ihre Fraktion dem Ausbau der Steinstraße nicht zustimmt.

- 4 04 - 14 0783/2008 Bewerbung des Schulträgers für die Pilotphase zum "Ausbau der Förderschule Grunewald zum Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung" und Antrag auf Erweiterung des Förderzentrums Grunewald, um den Förderschwerpunkt "Emotionale soziale Entwicklung"**

Mitglied Hinze stellt den Antrag gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, dass die Stadt Emmerich am Rhein sich an der Teilnahme einer dreijährigen Pilotphase "Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren" bewirbt.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 5 05 - 14 0774/2007 Aufhebung des Bahnübergangs "Am Löwentor" hier: Knotenpunkt Wassenbergstraße/Hafenstraße/ B8**

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses erklären einvernehmlich, dass sie dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen, da sie für eine Lösung im Sinne eines Kreisverkehrs plädieren.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Änderung der Variante 5a dahingehend, dass der Kreisverkehr in eine signalisierte Kreuzungsanlage umgewandelt wird. Er beauftragt die Verwaltung auf Grundlage dieser Änderung, die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens zu beantragen.

Beratungsergebnis: 0 Stimmen dafür, 17 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

- 6 05 - 14 0780/2007 Einführung neuer Instrumente in der Bauleitplanung zur Umsetzung von mehr Energieeffizienz in zukünftigen Baugebieten**

Der heute eingegangene Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/die Grünen wird im Ausschuss für Stadtentwicklung beraten. Sollte dem Antrag zugestimmt werden, wird der heute vorliegende Beschluss entsprechend ergänzt.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Umsetzung des im Rahmen des European Energy Award' (EEA) überarbeiteten **Energiepolitischen Arbeitsprogramms**, dass bereits grundsätzlich in der Ratssitzung am 20.12.2005 beschlossen worden ist.

Bestandteil dieses Arbeitsprogramms ist die Einführung neuer energiepolitischer Zielsetzungen in der Bauleitplanung, die den Energiebedarf bei Neubauten spürbar senken sollen. Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt daher die Einführung folgender Instrumente in der Bauleitplanung:

eine grundsätzliche **„solarenergetische Vorprüfung“** bei neu zu erstellenden Bebauungsplänen, die eine aktive und passive Solarwärmenutzung erleichtern,

die **Festsetzung eines erhöhten Gebäudedämmstandards** für alle Neubauten, der die Transmissionswärmeverlustwerte der geltenden Energieeinsparverordnung (EnEV) v. Oktober 2007 um 30 % unterschreitet,

ein freiwilliges sog. **'Bonusmodell'**, das jedem Bauherren beim Bau einer Solarthermie- oder Photovoltaikanlage, eines KfW-60 oder -40-Hauses oder eines Passivhauses pauschal einen Bonus von 1.500,- € rückvergütet,

ein standardisiertes **Energieberatungsangebot und die Vermittlung qualitätssichernder Maßnahmen (Thermographie und Luftdichtigkeitstest)**, welches jeder Bauherr in Anspruch nehmen kann.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**7 05 - 14 0773/2007 E1 Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes
Nr. B/1 -Amselweg-;
hier: 1) Bericht über die durchgeführte Offenlage nach
§ 3 Abs. 2 BauGB und die Behördenbe-
teiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Diekman, gemäß Vorlage zu empfehlen, abstimmen.

- 1.1 Der Rat beschließt, dass die in der Beanstandung des ASE-Beschlusses vom 14.08.07 geäußerten Bedenken gegen die Durchführung des Bebauungsplanaufhebungsverfahrens mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- 1.2 Der Rat beschließt, dass die Bedenken der Anwohner des Drosselweges mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- 1.3 Der Rat beschließt, dass die umweltrelevanten Bedenken gegen die Bebauung des städtischen Grundstückes hinsichtlich Klimaschutz und Niederschlagswasserproblematik mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- 1.4 Der Rat stellt fest, dass die zukünftige Nutzung der städtischen Fläche am Drosselweg nicht durch das Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes festgelegt wird, und beschließt, dass die Problematik eines Bedarfes zur Vorhaltung einer öffentlichen Spielplatzfläche im Bebauungsplangebiet mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.
- 1.5 Der Rat stellt fest, dass die Bedenken gegen eine Ausdehnung der Bebauung auf die östlich an den Amselweg angrenzende Landwirtschaftsfläche mit den Ausführungen der Verwaltung ausgeräumt sind.
- 1.6 Der Rat beschließt, dass die Anregung auf Verbreiterung des Drosselweges mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.

- 1.7 Der Rat beschließt, dass die Frage der Festsetzung einer Einzelhausbauweise auf der städtischen Fläche am Drosselweg mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.
- 1.8 Der Rat beschließt, dass die Bedenken der Naturschutzverbände mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- 1.9 Der Rat beschließt, dass die Anregung der LNU betreffend Ersatzmaßnahme als Ortsrandabpflanzung östlich des Amselweges mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen ist.
- 1.10 Der Rat stellt fest, dass den Empfehlungen des Kampfmittelräumdienstes nicht in diesem Planaufhebungsverfahren entsprochen werden kann, sondern dass diese im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren als zusätzliche Information an die Bauherren weiter gegeben werden.
- 1.11 Der Rat beschließt, dass die im Rahmen der Offenlage vorgetragenen Bedenken gegen eine Fällung der Bäume am Drosselweg mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

Zu 2)

Der Rat beschließt den vorliegenden Entwurf zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. B/1 -Amselweg- mit Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

8 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. RAKO./ Stadt Emmerich;
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten

Erster Beigeordneter Dr. Wachs gibt einen kurzen Sachstandsbericht über den laufenden Prozess.

2. Karneval im Rathaus;
hier: Mitteilung vom Vorsitzenden

Der Vorsitzende erläutert kurz die Karnevalsfestivitäten im Rathaus.

Anfragen

1. Akustische Signale Ampelanlagen;
hier: Anfrage von Mitglied Hinze

Die Anfrage von Mitglied Hinze betreffend der Ausstattung von Ampelanlagen mit akustischen Signalen wird von der Verwaltung geprüft.

2. Zeitplan Ausbau Steinstraße;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Auf entsprechende Anfrage von Mitglied Beckschaefer teilt die Verwaltung mit, dass der Bauzeitenplan des Straßenausbaus Steinstraße noch nicht vorliegt. Es ist ggf. eine Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung für Februar/März geplant. Anwohner und Geschäftsleute der Steinstraße werden zu gegebener Zeit entsprechend informiert.

9 Einwohnerfragestunde

Einwohner sind keine mehr anwesend.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 18.50 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

stellv. Schriftführerin